



Der Steudacher Bio-Landwirt Alfred Schaller (r.) und seine Frau Martina sowie die BI-Mitglieder Ilona Kaup (hinten) und Hans Hoyer (l.) verteilen Gemüse an die Passanten, die auch interessiert zuhörten.

Foto: Harald Sippel

Möhren für den Geisberg

BI aus Frauenaurach und Bio-Landwirt verteilen Gemüse

ERLANGEN — Mit einer kleinen Protestaktion verdeutlichte die Bürgerinitiative „Kein 6. Gewerbegebiet in Frauenaurach“ gestern auf dem Rathausplatz ihre Entschlossenheit, sich gegen eine Ausweisung eines Gewerbegebietes in der Frauenauracher Gemarkung Geisberg zu stellen.

Der Steudacher Bio-Landwirt Alfred Schaller und seine Frau Martina sorgten mit kleinen Tütchen mit Gemüse für die Aufmerksamkeit der Passanten, die aber auch von sich aus stehen blieben und sich die Argumenten der BI-Mitglieder Ilona Kaup, Barbara Huesmann und Hans Hoyer anhörten. Schaller war es auch gewesen, der unlängst auf einer Podiumsdiskussion in Frauenaurach mit Parteivertretern und OB-Kandidaten unmissverständlich klar gemacht hatte, dass die Landwirte, die die Flächen auf dem Geisberg bewirten, nicht zur Abgabe oder zum Tausch ihrer Ländereien bereit seien – die Böden seien einfach zu fruchtbar, um versiegelt zu werden.

„Wohnqualität nimmt ab“

Die Bürgerinitiative – diese erhält auch Unterstützung der Stadträte Barbara Grille und Joachim Jarosch aus

Tennenlohe – argumentiert auch damit, dass sich das Verhältnis von Gewerbefläche zu Wohnfläche in Frauenaurach weiter zu Ungunsten der Wohnfläche verschlechtere. Die Bürger würden bei doppelt so viel Gewerbe- als Wohnfläche förmlich „erdrückt“, der Verkehr nehme weiter zu, die Wohn- und Naherholungsqualität nehmen dramatisch ab.

Viele Ungewissheiten

Die Ausweisung eines neuen Gewerbegebietes sei aber auch aus wirtschaftlicher Sicht „höchst fragwürdig“, die Rentabilität „keineswegs“ gewährleistet. Es gebe nicht nur keine Kostenkalkulation und keine Renditebetrachtung, vielmehr müsse man davon ausgehen, dass mit einem Gewerbegebiet Geisberg mit keinen zusätzlichen Gewerbesteuereinnahmen zu rechnen sei. Dies ergibt sich nach Ansicht der BI aus der Betrachtung von entsprechenden Statistiken. Ebenso fehle jegliche Garantie auf eine echte Mehrung von Arbeitsplätzen.

Die Landwirte befürchten durch ein zu erwartendes Umlegungsverfahren – sie würden landwirtschaftliche Flächen an anderer Stelle erhalten – weitere Anfahrtswegen, letztlich sogar den Verlust ihrer Existenz. pm